Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Trump wütend: Frankreich lässt Militärflüge nach Israel nicht zu
2. Militarisierung und Kriegsgefahr – wo stehen wir?
3. Niedrige Energiepreise, mehr Sicherheit für Frauen und klares Nein zum Krieg – So hat Regierungschef Sánchez Spanien vorangebracht
4. Israel beansprucht das Land vom Jordan bis zum Mittelmeer
5. ZDF übernimmt Sanktionslisten – „Gefahr, dass damit autoritäre Muster befördert werden“
6. EU-Sanktionen und ihre Folgen: Strafanzeige gegen Lars Klingbeil eingereicht
7. Diesellieferungen umgelenkt: Tanker auf dem Weg nach Europa drehen plötzlich ab
8. Wenn die Piraterie in der Ostsee gleich doppelt kriminell wird
9. Rückkehr-Deal: Warum Merz’ Syrien-Pläne an der Realität zerschellen
10. Sicherheitsexperten warnen: KI-Modelle zeigen zunehmend betrügerisches Verhalten
11. Verbraucherschützer fordern Entschädigung für Gasheizungsbesitzer
12. Pharma nennt es Innovation und meint Rendite
13. Warum die CDU die längst durchlöcherte „Brandmauer“ zur AfD bald öffnen wird
14. Saisonarbeit in der Landwirtschaft: Wenig Lohn, lange Arbeitszeit, miese Unterkunft
15. Kartoffelpreise fallen auf minus 2 Euro – Landwirte zahlen für Kartoffel-Vernichtung

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Trump wütend: Frankreich lässt Militärflüge nach Israel nicht zu**
   US-Präsident Donald Trump kritisiert Frankreich, weil das Land die Nutzung seines

Luftraums für Militärflüge nach Israel verweigert. Frankreich zeigt sich „überrascht“. US-Präsident Donald Trump hat Frankreich kritisiert, weil das Land Militärflüge durch seinen Luftraum verweigert habe. „Frankreich hat Flugzeugen, die mit Militärgütern beladen nach Israel fliegen wollten, den Überflug über französisches Hoheitsgebiet verweigert“, schrieb Trump am Dienstag in einem Beitrag auf seiner Onlineplattform Truth Social.
„Frankreich hat sich in Bezug auf den ‚Schlächter des Iran‘, der erfolgreich ausgeschaltet wurde, sehr unhilfreich verhalten“, fügte Trump mit Blick auf die iranische Führung hinzu. Weiter sagte Trump: „Die USA werden das nicht vergessen.“
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Ein kleiner Lichtblick, dass es in der EU ein Erwachen gibt, nicht mehr der Vasall für USAs Kriege zu sein. Und Trump reagiert so wie er es am besten kann, er tobt und droht. Ferner fordert er die EU auf, sich selbst um die Öffnung der Straße von Hormus zu kümmern. Zitat: Fasst endlich Mut, fahrt zur Straße von Hormus und nehmt es euch einfach“, erklärte Trump. „Holt euch euer eigenes Öl.“*

dazu auch: **US-Flugzeuge dürfen Spanien nicht mehr überfliegen**
Das hat Spaniens Regierung gestern beschlossen. Es fällt auf, dass grosse Medien darüber nicht informieren.
US-Flugzeuge, die sich aus England oder Frankreich am Krieg gegen Iran beteiligen wollen, müssen Spaniens Luftraum künftig umfliegen. Spaniens Verteidigungsministerin Margarita Robles erklärte, Spanien wolle diesen völkerrechtswidrigen Krieg nicht unterstützen.
Bereits Anfang März hatte die Regierung Sánchez den USA verboten, ihre andalusischen Stützpunkte in Rota und Morón für Angriffe oder logistische Unterstützung im Krieg gegen Iran zu nutzen. Darauf verlegten die USA ihre Flugzeuge namentlich auf den US-Stützpunkt in Ramstein in Rheinland-Pfalz.
Quelle: Infosperber

2. **Militarisierung und Kriegsgefahr – wo stehen wir?**
Vor zwei Jahren hatte ich an dieser Stelle Befürchtungen geäußert, dass die gezielt geschürte Kriegshysterie und die Schuldenaufnahme für die Aufrüstung Deutschland in einen innen- und außenpolitischen Albtraum stürzen werden. Nun ist es Zeit, Bilanz zu ziehen: Haben sich die Befürchtungen bewahrheitet?
Um es vorwegzunehmen: Es ist alles noch viel schlimmer gekommen. Statt zwei Prozent sollen die europäischen Staaten jetzt fünf Prozent ihres BIP für Rüstung ausgeben. Für Deutschland wären das pro Jahr etwa 220 Milliarden Euro, die schon

2029 erreicht werden sollen und eine Vervierfachung gegenüber 2022 bedeuten. Die NATO-Mitgliedsländer leisteten keinen Widerstand, als der frischgebackene US-Präsident Donald Trump im vergangenen Jahr diese Forderung erhob, und stimmten bei ihrem Gipfeltreffen in Den Haag mit Ausnahme von Spanien zu.
Quelle: pressenza

3. **Niedrige Energiepreise, mehr Sicherheit für Frauen und klares Nein zum Krieg – So hat Regierungschef Sánchez Spanien vorangebracht**
Spanien hat europaweit eines der besten öffentlichen Gesundheitssysteme. In den vergangenen Jahren sind zudem die Stromrechnungen durch staatliche Preiseingriffe und einen Gaspreisdeckel vergleichsweise niedrig geblieben. Auch auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage verbessert: Die Arbeitslosigkeit liegt so niedrig wie seit der Finanzkrise 2008 nicht mehr. Parallel dazu gab es Entwicklungen in anderen Bereichen: Die Anzahl der Morde an Frauen ist um rund ein Drittel gesunken, die faschistische Diktatur von General Franco wird kritisch aufgearbeitet und die Klimawende hin zu umweltfreundlicher Stromversorgung funktioniert so gut wie in fast keinem anderen EU-Land. Das alles ist kein Zufall, sondern mitunter der cleveren Sozialpolitik von Ministerpräsident Pedro Sánchez zu verdanken. Zuletzt sorgte er auf der Weltpolitikbühne für Aufmerksamkeit, weil er gegenüber US-Präsident Trump eine klare Haltung zeigte: nämlich Nein zum Krieg. Ein Überblick zu seiner Person und Politik.
Quelle: Kontrast.at
4. **Israel beansprucht das Land vom Jordan bis zum Mittelmeer**
Nationalreligiöse Rabbis und rechtsextreme Minister fordern es schon lange: ein Grossisrael auf Kosten der Palästinenser.
Der palästinensische Slogan «From the River to the Sea» dürfe man nicht verwenden, weil er einen Gewaltaufruf gegen jüdische Menschen enthalte. Das fordern jüdische Organisationen wie der Schweizerische Israelitische Gemeindebund.
Tatsächlich kommt es nicht darauf an, was mit einem solchen Slogan – mit der Ergänzung «Palestine will be free») – gemeint sein könnte, sondern wie er von der Mehrheit der Israeli verstanden wird: als Ablehnung der Existenz Israels und als antisemitisch.
Doch auch in Israel träumen einige von einem Land vom Jordan bis zum Mittelmeer.
Quelle: Infosperber
5. **ZDF übernimmt Sanktionslisten – „Gefahr, dass damit autoritäre Muster befördert werden“**
Eine neue Compliance-Regel beim ZDF sorgt für Diskussionen: Mitwirkende dürfen nicht mit Personen auf internationalen Sanktionslisten kooperieren. Umstritten ist vor allem, dass auch US-Sanktionen einbezogen werden. Kritiker fürchten um die

Pressefreiheit.
Das ZDF verpflichtet Talkshow-Gäste und Experten künftig dazu, nicht mit Personen oder Organisationen zusammenzuarbeiten, die auf nationalen oder internationalen Sanktions- oder Terrorlisten stehen. Das geht aus einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) hervor. Demnach hat der Sender seinem „Mitwirkendenvertrag“ eine „Anlage zu den Sanktionsbestimmungen“ hinzugefügt.
Problematisch daran: Auch mit Personen und Organisationen, die vom US-amerikanischen Office of Foreign Assets Control (OFAC) sanktioniert wurden, dürfen Mitwirkende nicht in Verbindung stehen. Auf den OFAC-Listen stehen mittlerweile auch Personen, deren Sanktionierung stark umstritten ist. So sorgten die US-Behörden im vergangenen Dezember für Schlagzeilen, weil sie Richter und Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs auf die Liste setzten. Zu den Vertragspartnern des Gerichts gehören mehr als 100 Staaten, darunter auch Deutschland.
Quelle: Welt Online

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Jetzt werde ich als erstes die Abbuchungserlaubnis auf Überweisung der Gebühren umstellen, dann werde ich diesen Betrag um die Hälfte kürzen, wegen Nichterfüllung der Neutralität des Rundfunkstaatsvertrages. Sanktionen sind nicht juristisch legitimiert, sie sind ganz im Gegenteil darauf begründet, dass die Sanktionierenden Kläger, Richter und Henker in einem sind (Einzig die UN kann Sanktionen aussprechen). Es wird Zeit für zivilen Widerstand!*

6. **EU-Sanktionen und ihre Folgen: Strafanzeige gegen Lars Klingbeil eingereicht**
   Am 29. März 2026 hat der in Spanien lebende deutsche Autor Fred Schumacher Strafanzeige gegen Bundesfinanzminister Lars Klingbeil eingereicht. Tatvorwurf: Gezielte Tötung von Menschen durch Verhungernlassen. Die Strafanzeige im Wortlaut:
   Quelle: pressenza
7. **Diesellieferungen umgelenkt: Tanker auf dem Weg nach Europa drehen plötzlich ab**
   Beim Diesel sind Deutschland und Europa nicht nur vom Import des Rohstoffs Öl abhängig, sondern auch von der Einfuhr des fertigen Kraftstoffs. Wichtige Exporteure sind durch den Iran-Krieg ausgefallen. Nun werden Europa ganze Schiffsladungen des wichtigsten verbliebenen Lieferanten vor der Nase weggeschnappt.
   Auf ihrem Weg von New Orleans nach Amsterdam hatte die “Elka Delphi” bereits den größten Teil der Strecke zurückgelegt. Sie sollte mehrere Hunderttausend Fass Diesel aus US-amerikanischen Raffinieren nach Europa bringen. Doch nordwestlich von Spanien wendete der Tanker vor wenigen Tagen plötzlich scharf, nahm Kurs Richtung

Süden und meldete über das automatische Schiffsidentifikationssystem AIS als neues Ziel den Hafen von Durban in Südafrika.
Quelle: n-tv

8. **Wenn die Piraterie in der Ostsee gleich doppelt kriminell wird**
Die EU bleibt hartleibig, was russisches Öl und Gas betrifft, auch wenn ihr das Benzin ausgeht. Das wurde in den vergangenen Tagen deutlich genug formuliert, und dabei wird dann nach dem Prinzip "Mitgehangen, mitgefangen" gehandelt, und auch Ungarn soll, wenn irgend möglich, maximal mitleiden. So könnte man das zumindest deuten, dass der Druck auf Kiew wegen der Druschba-Pipelines (oder wegen der entsprechenden Täuschung, um die Lieferung zu unterbrechen) sich in äußerst bescheidenen Grenzen hält.
Dafür melden die irren Balten, samt Finnland, in geheuchelter Erschütterung, dass ukrainische Drohnen über ihr Gebiet fliegen, um russische Ölanlagen in Ust-Luga anzugreifen. Streng genommen müssten sie zumindest versuchen, diese Drohnen abzuschießen – weil eine Überfluggenehmigung als Kriegsbeteiligung gilt. Wenn also diese Staaten öffentlich erklären, von derartigen Überflügen Kenntnis zu haben, aber nichts dagegen unternehmen, dann ist das eine weitere offene Provokation Russlands.
(…)
Die russischen Exporte aufzuhalten, was die Absicht der Pirateriepolitik ist, wäre für den Rest der Welt gleichgültig, wenn das Angebot in den betroffenen Rohstoffen die Nachfrage übertriffe – egal, ob Erdöl, LNG oder Kunstdünger. In dem Moment, in dem das Angebot massiv zurückgeht, verschärft eine solche Blockade alle Folgen, die die Angebotsbeschränkung ohnehin hat.
Quelle: Dagmar Henn auf RT DE

dazu: **Krieg gegen Russland: Europa jetzt direkt beteiligt?**
Spiel mit dem Feuer
Die baltischen Staaten stellen der Ukraine ihren Luftraum für Angriffe auf Russland zur Verfügung
In den letzten Tagen sind ukrainische Drohnen bei Angriffen auf die russische Region St. Petersburg unbestritten über die baltischen Staaten und auch Finnland geflogen. Offensichtlich haben die NATO-Staaten ganz offiziell ihren Luftraum für Angriffe auf Russland geöffnet, was eine offene Kriegsbeteiligung darstellt.
Dass die NATO-Staaten Polen, Litauen, Lettland und Estland der Ukraine erlauben, ihren Luftraum für Drohnenangriffe auf die russische Region St. Petersburg zu nutzen, ist ein sehr heikles Thema, denn das würde eine direkte Kriegsbeteiligung dieser Staaten bedeuten – und zwar mit allen Folgen, denn warum sollte Russland dann nicht antworten und ebenfalls Ziele in diesen Ländern angreifen, wenn sie sich an Angriffen

auf Russland beteiligen, indem sie sie über ihren Luftraum erlauben?
Quelle: Anti-Spiegel

Anmerkung Christian Reimann: *In den deutschen "Qualitätsmedien" herrscht dazu das EU-Kommission und Bundesregierung stützende Schweigen. Bitte lesen Sie dazu auch „Russische Drohnen dringen in Nato-Luftraum ein" – wenn Fake News zur „Wahrheit" in deutschen Medien werden.*

9. **Rückkehr-Deal: Warum Merz' Syrien-Pläne an der Realität zerschellen**
   Friedrich Merz will 80 Prozent der Syrer innerhalb von drei Jahren zur Rückkehr bewegen. Während die Opposition von „Deportationsfantasien" spricht, rudert das Kanzleramt zurück.
   Die Botschaft, die Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) im Anschluss an das Treffen mit dem syrischen Übergangspräsidenten Ahmed al-Scharaa verkündete, glich einem Paukenschlag: In den nächsten drei Jahren sollen 80 Prozent der mehr als 900.000 in Deutschland lebenden Syrer in ihr Heimatland zurückkehren. Man brauche eine „verlässliche Rückführungsoption, eine Kooperation mit Syrien, insbesondere und zuallererst für diejenigen, die unsere Gastfreundschaft missbrauchen".
   Doch kaum war die Nachricht in der Welt, setzte die politische Schadensbegrenzung ein. Wie die Bild-Zeitung berichtet, hat der Kanzler seine optimistische Aussage vom Vortag inzwischen bereits wieder kassiert und klargestellt: „Die Zahl von 80 Prozent Rückkehrern innerhalb von drei Jahren hat der syrische Präsident genannt. Wir haben diese Zahl zur Kenntnis genommen, sind uns aber der Dimension der Aufgabe bewusst."
   Quelle: Berliner Zeitung
10. **Sicherheitsexperten warnen: KI-Modelle zeigen zunehmend betrügerisches Verhalten**
    Neue KI-Modelle sollen noch mehr Sicherheit bieten – eine Studie belegt jetzt allerdings das genaue Gegenteil. Die Auswertung hat ergeben, dass Chatbots und KI-Agenten immer häufiger lügen und intrigieren.
    Unternehmen wie OpenAI, Google und Anthropic bringen regelmäßig neue KI-Modelle auf den Markt, die sicherer und leistungsfähiger als ihre Vorgänger sein sollen. Eine neue Studie legt allerdings nahe, dass schädliche Verhaltensweisen zunehmen. Wie The Guardian berichtet, löschte und archivierte ein Chatbot in einem dokumentierten Fall massenhaft E-Mails – obwohl das nicht den festgelegten Regeln entsprach. In einem anderen Beispiel wurde ein KI-Agent angewiesen, bestehenden Code nicht zu verändern. Um diese Anweisung zu umgehen, erstellte er einen weiteren Agenten, der die Änderung stellvertretend vornehmen konnte.

Quelle: t3n

dazu: **KI-Agenten umgehen Anweisungen immer häufiger**
KI-Chatbots und -Agenten ignorieren immer häufiger direkte Anweisungen, täuschen Menschen und umgehen Sicherheitsvorkehrungen.
Die Zahl der Fälle, in denen KI-Modelle betrügerisches Verhalten zeigten, ist in der Zeit von Oktober 2025 bis März 2026 um das Fünffache angestiegen. Das geht aus einer Studie hervor, die dem Guardian vorliegt und auf Berichten aus der Praxis beruht. Bisherige Studien konzentrierten sich laut dem Bericht hauptsächlich auf das Verhalten von KI unter kontrollierten Bedingungen.
In einem der dokumentierten Fälle soll ein KI-Agent versucht haben, seinen menschlichen Kontrolleur bloßzustellen, der ihn an der Ausführung einer Aktion hinderte. Der KI-Agent warf dem Menschen vor, "sein kleines Reich" schützen zu wollen und bezeichnete ihn als unsicher. Ein anderer Agent soll Urheberrechtsbeschränkungen umgangen haben, indem er behauptete, ein generiertes Transkript sei für einen Menschen mit Hörschaden erstellt worden.
Quelle: Golem

11. **Verbraucherschützer fordern Entschädigung für Gasheizungsbesitzer**
In dieser Woche hat das Bundeskabinett ein Gesetz beschlossen, das die Stilllegung von Gasnetzen ermöglicht. Verbraucherschützer warnen vor zu kurzen Fristen.
Die Bundesregierung hat in dieser Woche eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) auf den Weg gebracht. Das ermöglicht es künftig Gasnetzbetreibern, ihr Netz stillzulegen, wenn sie dafür keine klimafreundliche Verwendung mehr sehen. Die Stilllegung müssen angeschlossene Verbraucher dulden, sie haben also – anders als bisher – kein grundsätzliches Recht auf einen Gasanschluss.
Die Umsetzung der Novelle ist für Energieversorger wichtig, die jetzt damit anfangen, ihre Netze klimafreundlich umzustellen. Die Frist ist 2045, bis dann will Deutschland klimaneutral werden. Zu den alternativen Nutzungsmöglichkeiten für ein Gasnetz gehört die Einspeisung von Biomethan, Wasserstoff oder synthetischen Gasen.
Quelle: t-online

Anmerkung Christian Reimann: *Der Wahnsinn wird konsequent fortgesetzt. Wie zu befürchten war, wird BlackRock-Kanzler Merz bei diesem Thema nicht die erhoffte Wende bringen. Im Gegenteil – die Bürgerinnen und Bürger werden auch hier um ihren Wohlstand gebracht. Bereits vor etwa vier Jahren hatte der damalige Staatssekretär Graichen gefordert: "Stadtwerke müssen Rückbau der Gasnetze planen". Nun darf die grüne Frau Andreae das geplante Gesetz loben.*

12. **Pharma nennt es Innovation und meint Rendite**
    Die Behörden lassen neue Medikamente schneller zu. Risiken und Nebenwirkungen sind häufig noch zu wenig abgeklärt.
    Die grossen Analysen zur Arzneimittelzulassung der vergangenen Jahre sowie die Position der US-Zulassungsbehörde FDA vom März 2026 zeichnen gemeinsam ein konsistentes Bild: Das globale Zulassungssystem bewegt sich zunehmend in Richtung schneller Markteintritte, akzeptiert dabei substanzielle Evidenzunsicherheit und wird immer stärker von wirtschaftlichen Anreizen geprägt.
    Quelle: Infosperber
13. **Warum die CDU die längst durchlöcherte „Brandmauer“ zur AfD bald öffnen wird**
    Bröckelt nun auch in der Halterner Kommunalpolitik die Brandmauer zur AfD? Von gemeinsamen Beschlüssen und „guter Zusammenarbeit“ zwischen AfD und CDU im Halterner Stadtrat war dieser Tage in der Lokalzeitung zu lesen. Gemeinsam lehnten beide die wirksame und schnelle Entfernung rechtsextremistischer Aufkleber im Stadtgebiet ab, wie von den Grünen vergeblich beantragt. Läuft nun wie in Ostdeutschland die Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD auf kommunaler Ebene reibungslos – oder war es nur eine “Zufallsmehrheit” aufgrund “gleicher Meinung”, wie der CDU-Fraktionschef rechtfertigt? Bahnt sich womöglich eine Mitte-Rechts-Koalition an, da die CDU zwischen “rechts” und “rechtsextrem” unterscheidet? Noch in 2020 war man froh, dass die AfD in der Halterner Kommunalpolitik keine Rolle spielte, doch bei der Kommunalwahl 2025 kam sie dann mit 11,3% erstmalig in den Rat mit 5 Sitzen.
    Quelle: Lokalkompass

    dazu auch: **Die AfD-Wahlergebnisse: Nun im Westen angekommen?**
    „Die AfD kommt im Westen an“ – so oder ähnlich werden die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vielerorts bewertet. Es wird so getan als seien die hohen Prozentzahlen um die 20 Prozent überraschend. Das Wachstum der Rechtsextremen fällt geringer aus als erwartet.
    Tatsache ist, dass die AfD ist schon lange im Westen angekommen ist. Das zeigen zum Beispiel die Landtagswahlen 2023 in Bayern und Hessen – AfD mit 14,6 bzw. 18,4 Prozent. Das Potential für eine rechtsextreme Partei ist zudem in der alten Bundesrepublik seit Jahrzehnten vorhanden, u.a. aus dem Erbe des Hitler-Faschismus zu erklären. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild liegt bei etwa 10 Prozent der Bevölkerung vor – so die Befunde entsprechender Studien. Dieses Potential wurde bei verschiedenen Wahlen teilweise mobilisiert, so für die rechtsradikalen „Republikaner“ 1992 bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg mit 10,9 Prozent oder für die

„DVU“ bei den Wahlen 1991 und 1992 in Bremen und Schleswig-Holstein.
Quelle: Blog der Republik

14. **Saisonarbeit in der Landwirtschaft: Wenig Lohn, lange Arbeitszeit, miese Unterkunft**
Die Spargelstecher stehen vor einer harten Saison. Im vergangenen Jahr erwarteten die Betriebe mindestens elf Kilogramm in der Stunde, in diesem Jahre sind es bis zu 14 Kilo. „Wer dieses Pensum nicht schafft, dem droht die Kündigung“, schreibt die Initiative Faire Landwirtschaft in ihrem jüngsten Bericht.
„Arbeitstage von bis zu 16 Stunden und Wochenarbeitszeiten von über 70 Stunden sind keine Seltenheit. Gesetzliche Ruhezeiten von elf Stunden werden systematisch ignoriert.“ Das gilt indes nicht nur für die Spargelbauern.
Im Jahr 2023 arbeiteten rund 243.000 Personen, aktuellere Zahlen gibt es nicht, aus dem Ausland auf deutschen Feldern; das sind 28 Prozent aller in der Landwirtschaft Beschäftigten. 2025 ging die Initiative Faire Landarbeit mit ihren Teams 36-mal aufs Feld und kam dabei mit 3100 Saisonbeschäftigten in direkten Kontakt. Die meisten von ihnen kamen aus Rumänien, weitere Herkunftsländer sind unter anderem Polen, Bulgarien und Kroatien.
Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz, Unterschreitung des gesetzlichen Mindestlohns und mangelnder Arbeitsschutz sind Hauptkritikpunkte der Initiative, zu der sich kirchliche und gewerkschaftliche Beratungsstellen verbunden haben. Seit 2025 gibt es Hoffnung: Wer öffentliche Fördermittel erhält, muss faire Arbeitsbedingungen garantieren.
Quelle: Tagesspiegel
15. **Kartoffelpreise fallen auf minus 2 Euro – Landwirte zahlen für Kartoffel-Vernichtung**
Die Preise für Kartoffeln zu Futterzwecken sind unter Null gefallen. Das heißt: Landwirte zahlen für die Entsorgung ihrer Kartoffeln. Und sie machen trotzdem mit, denn sie müssen ihre vollen Lager leer bekommen. Wie ist es zu dieser Krise am Kartoffelmarkt gekommen? Das Analysten-Unternehmen DCA Market Intelligence und Erzeugerorganisationen erklären die Gründe. (…)
Nachdem jahrelang ein knappes Angebot die Preise in die Höhe getrieben hatte, kämpft der europäische Kartoffelsektor nun mit dem gegenteiligen Problem: Überproduktion und einbrechende Preise. In den vergangenen Jahrzehnten war der EU-Kartoffelmarkt zunehmend profitabel.
Die Produktion ging zwischen 2000 und 2023 um fast 40 % zurück, bedingt durch einen geringeren Konsum und strengere Pflanzenschutzvorschriften, was die Preise in die Höhe trieb. Doch jetzt hat sich die Situation umgekehrt: Die Erzeuger ertrinken in

billigen Kartoffeln.
Quelle: agrarheute